Aus den G r ü n d e n :

Entgegen der Ansicht des Kreisgerichts war die Klagerücknahme nicht sachdienlich. Die von § 43 AGO als Voraussetzung für die Bestätigung geforderte Sachdienlichkeit einer Klagerücknahme liegt dann vor, wenn im Ergebnis der Rücknahme kein gesetzwidriger oder rechtlich ungeklärter Zustand aufrechterhalten wird und rechtlich geschützte Interessen einer Partei nicht verletzt werden. Sie setzt voraus, daß sich die Parteien ein im wesentlichen richtiges Bild von der Sach- und Rechtslage gemacht haben (vgl. OG, Beschluß vom 29. Januar 1971 - Ua 8/70 - [NJ 1971 S. 218; Arbeit und Arbeitsrecht 1971, Heft 21/22, S. 693]). Dabei haben die Gerichte die Parteien zu unterstützen. Das Kreisgericht hat jedoch dem Kläger eine unzutreffende Rechtsauffassung unterbreitet und ihn hierdurch zur Klagerücknahme veranlaßt. Die der prozessualen Handlung des Klägers zugrunde liegende Vorstellung stimmt mit der tatsächlich gegebenen Rechtslage nicht überein.

Der Kläger hat vom Betrieb nicht die Gewährung eines Leistungszuschlags, sondern eine höhere Entlohnung im

Rahmen der Gehaltsgruppe gefordert, die der von ihm ständig und regelmäßig ausgeübt und im Arbeitsvertrag vereinbarten Arbeitsaufgabe entspricht. Zur Prüfung des rechtlichen Charakters seines Anspruchs und der damit verbundenen Frage nach der Zulässigkeit des Gerichtswegs war vom Kreisgericht festzustellen, welche Zweckbestimmung zur Verwendung des Gehaltsteils im Rahmen der Von-bis-Spanne der anzuwendende Rahmenkollektivvertrag trifft. Die Anwendung von § 47 GBA kommt vor allem in Betracht, wenn Rahmenkollektivverträge bestimmen, daß die Von-bis-Spannen der Gehaltsgruppen Leistungszuschläge sind (vgl. Beschluß des Plenums des Obersten Gerichts zur Tätigkeit der Gerichte bei der Entscheidung von Arbeitsrechtssachen, besonders auf dem Gebiet des Arbeitslohnes, vom 15. September 1975 [OGA Bd. 5 S. 28; NJ 1965 S. 632]). Der für diesen Streitfall maßgebende Rahmenkollektivvertrag enthält die ausdrückliche Festlegung, daß die Von-bis-Spannen nicht als Leistungszuschläge i. S. des § 47 GBA zu gewähren sind (vgl. 17. Nachtrag zum Rahmenkollektivvertrag für die Werk-tätigen der volkseigenen Betriebe des Maschinenbaus vom 11. Dezember 1967).

Vielmehr ist in seinem Geltungsbereich auf der Grundlage der zutreffenden Gehaltsgruppe die Höhe des Gehalts innerhalb der Von-bis-Spanne zwischen dem Betrieb und dem Werk-tätigen im Arbeitsvertrag zu vereinbaren. Ist eine Vereinbarung hierüber zulässigerweise getroffen worden ist im Unterschied zur Leistungszuschlag gemäß § 47 GBA eine Minderung oder ein Entzug durch den Betriebsleiter nicht mehr zulässig. Gewährt der Betrieb entgegen der getroffenen Vereinbarung dem Werk-tätigen den ihm rechtlich zustehenden Gehaltsanspruch nicht, so ist der Gerichtsweg für die Durchsetzung einer darauf gerichteten Forderung des Werk-tätigen zulässig. Die Vorschrift des 17. Nachtrags, die Vereinbarung sei im Arbeitsvertrag zu treffen, hebt den Rechtscharakter der Vereinbarung über die Gewährung einer über das Anfangsgehalt der jeweils zutreffenden Gehaltsgruppe hinausgehenden Entlohnung als Absprache im Sinne der für den Arbeitsvertrag geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Rechtsgrundsätze hervor. Sie läßt sonach auch zu, nicht nur beim Abschluß des Arbeitsvertrags, sondern auch zu einem späteren Zeitpunkt während des Bestehens des Arbeitsrechtsverhältnisses eine Vereinbarung über eine das Anfangsgehalt übersteigende Entlohnung innerhalb der Spanne der Gehaltsgruppe herbeizuführen.

Die Anwendung der für den Arbeitsvertrag geltenden Vorschriften bedeutet zugleich, daß der Betrieb verpflichtet ist, die hier in Rede stehenden Vereinbarun-

gen schriftlich abzuschließen. Er ist jedoch auch an eine mündliche Vereinbarung gebunden. In diesem Fall ist er allerdings verpflichtet, auf die Beseitigung des Mangels der Schriftform hinzuwirken. Nachteilige Folgen für den Anspruch des Werk-tätigen ergeben sich allein aus dem Fehlen der Schriftform nicht.

Nach alledem ergibt sich für die vorliegende Klage, daß sie schlüssig begründet und zulässig war. Bei richtiger Sachbehandlung hätte das Kreisgericht dem Kläger nicht empfehlen dürfen, die Klage aus den im Protokoll über die Beratung mit dem Kläger und in Übereinstimmung hiermit im Bestätigungsbeschluß angegebenen Gründen zurückzuziehen. Vielmehr hätte es die vom Kläger angebotenen Beweise erheben müssen, um festzustellen, ob die Vertreter des Betriebes ihm die behauptete Zusicherung im Einstellungsgespräch gegeben haben. Erst danach wäre eine das Verfahren abschließende Entscheidung möglich gewesen. Die Bestätigung der Klagerücknahme im vorliegenden Verfahrens-stadium verletzt das Gesetz (§ 43 AGO).

Aus den angeführten Gründen war der Beschluß des Kreisgerichts aufzuheben und der Streitfall zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückzuverweisen (§ 9 Abs. 2 AGO).

§53 GBA; VO über die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den WB (Zentrale) und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970 — Prämienverordnung 1968 — vom 26. Juni 1968 (GBl. II S. 490)./*/

Verhaltensweisen des Werk-tätigen, die einen Verstoß gegen die ihm aus dem Arbeitsrechtsverhältnis obliegenden Pflichten darstellen, können bei der Differenzierung der Jahresendprämie unter Würdigung der sonstigen Arbeitsleistungen und der Schwere des Disziplinarverstoßes berücksichtigt werden und zu einer der Gesamtheit der Umstände entsprechenden angemessenen Minderung gegenüber dem Anspruch führen, der dem Werk-tätigen bei ordnungsgemäßer Erfüllung seiner Aufgaben zustehen würde.

Hierbei sind von den Gerichten Stellungnahmen des Kollektivs für eine Differenzierung zu würdigen, vor allem um unzulässige schematische Kürzungen oder Streichungen von Ansprüchen auf Jahresendprämie auszuschließen.

OG, Urt. vom 16. Juni 1972 - Za 7/72.

Der Kläger war beim Verklagten als Fahrer eines Müllfahrzeugs beschäftigt. Im Jahre 1970 benutzte er unter Alkoholeinwirkung ein Fahrzeug des Betriebes zu einer privaten Fahrt. Dafür wurde er strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Darüber hinaus verletzte der Kläger die sozialistische Arbeitsdisziplin, indem er auf Nachweisen für die Abfuhr von Müll unrichtige Angaben machte. Deswegen erhielt er einen strengen Verweis.

In der Diskussion über die Gewährung der Jahresendprämie für das Jahr 1970 sprach sich das Kollektiv dafür aus, dem Kläger eine Prämie von 250 M zu gewähren. Es bezog sich dabei insbesondere auf die Verletzung der Arbeitsdisziplin durch den Kläger wegen der unbefugten Benutzung des Fahrzeugs. Die unrichtige Abrechnung der Leistungen wurde erst nach der Diskussion im Kollektiv bekannt. Der Betriebsleiter entschied daraufhin, dem Kläger keine Jahresendprä-

/*/ Seit dem 1. Februar 1972 gilt die VO über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972 vom 12. Januar 1972 (GBl. II S. 49) nebst 1. DB vom 25. Mai 1972 (GBl. II S. 379). - D. Red.